



Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 09/2008

Aus dem Inhalt:

- Finanzkrise
- Außerordentlicher Bundesparteitag
- Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung
- Verlängerung Afghanistan
- Besuch bei der Bundespolizei
- Enthüllung Gedenktafel Günter von Drenkmann

Aktuelles zur Finanzkrise

Turbulente Wochen liegen hinter uns, mein letzter Newsletter war schon nach einem Tag nicht mehr aktuell, was den Stand der Finanzmarktkrise und das Eingreifen der Bundesregierung betraf. In der letzten Woche nun haben wir nach langen, teils heftigen Diskussionen und Anhörungen im Haushaltsausschuss weitreichende Entscheidungen getroffen: Es soll verhindert werden, dass die Finanzmarktkrise zu einem Zusammenbruch des gesamten Bankensystems führt. Denn ein solcher Zusammenbruch würde letztendlich mit seinen Auswirkungen auf die Realwirtschaft alle Bürgerinnen und Bürger hart treffen.

Wir haben am 17. Oktober, letzten Freitag, das Finanzmarktstabilisierungsgesetz verabschiedet. Der Handlungsdruck ist groß, deshalb haben wir dieses umfassende Rettungspaket innerhalb einer Woche beraten und beschlossen. Das war nur möglich, weil alle Fraktionen des Deutschen Bundestages, also auch alle Oppositionsfraktionen, auf die Fristeinrede verzichtet haben.

Es geht nicht um Geschenke an die Banken, sondern um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Denn ein funktionierender Finanzmarkt ist wichtig für alle: Für diejenigen, die eine zusätzliche Altersvorsorge betreiben und Sparer genauso wie für den Handwerksmeister, der einen Kredit aufnehmen muss. Ziel des Rettungspaketes ist es, Arbeitsplätze und Wachstum in Deutschland zu sichern. Ein Zusammenbruch des Bankensektors würde auch die Realwirtschaft – und damit

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de

das ganze Land – mit in den Abgrund reißen. Das gilt es zu verhindern.

Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz werden wir einen ersten Schritt aus der Krise tun. Der Fonds wird hauptsächlich über Bürgschaften, aber auch durch Rekapitalisierung und Risikoübernahme Vertrauen im Markt wieder herstellen. Diese Hilfen sind aber an ganz klare Bedingungen und Auflagen für Banken und Manager gebunden. Niemandem wird etwas geschenkt. Es werden auch nicht – wie in manchen Talkshows behauptet – 500 Milliarden Euro den Banken „einfach ´rübergereicht“.

Die Summe für die Garantien und die direkten Hilfen sind so gewählt, dass sie unter heutigen Annahmen ausreichend sein sollten, um die gewünschte Stabilisierung zu gewährleisten. Aber natürlich kann niemand sicher wissen, wie sich die Krise weiter entwickelt. Genau davon hängt aber ab, wie viel diese Rettungsaktion die öffentliche Hand am Ende tatsächlich kosten wird. Es ist sogar denkbar, dass im Laufe der Zeit die Einnahmen des Fonds (aus den Gebühren für die Garantien sowie den Erlösen für die zuvor erworbenen Anteile) die Ausgaben ausgleichen und somit gar kein Defizit entsteht.

Über ein erfolgreiches Krisenmanagement hinaus – und das macht Peer Steinbrück und sein Ministerium wirklich hervorragend - gilt es in nächster Zeit, Konsequenzen zu ziehen und für die Zukunft so vorzusorgen, dass sich eine Krise dieses Ausmaßes nicht mehr ereignen kann. Ein Weiter-so darf es nicht geben. In der Anlage finden Sie ein Positionspapier meiner Fraktion.

Bundesbürgschaften über 400 Milliarden Euro sollen - gegen eine angemessene Gebühr - den Kreditverkehr der Banken wieder in Gang bringen. Denn nur wenn sie selbst liquide sind, können die Banken die übrige Wirtschaft weiter mit Kapital versorgen. Bei diesen Garantien muss der Bund lediglich dann eintreten, wenn es bei den Krediten von Bank zu Bank tatsächlich zu Ausfällen kommt. Für diese Fälle plant der Bundesfinanzminister vorsorglich fünf Prozent der Bürgschaftssumme, also 20 Milliarden Euro, im Haushalt ein.

Nochmal: Der Fonds ist also kein Geschenk an die Banken, sondern lediglich eine Bürgschaft. Banken, die die Bürgschaft in Anspruch nehmen, müssen dafür die bankübliche Vergütung zahlen.

80 Milliarden Euro gibt der Bund der Branche für Kapitalhilfen und kauft problematische Kredite auf. Auch die gibt es nicht geschenkt, der Staat erhält im Gegenzug von den Banken Aktien oder andere Wertpapiere, die später wieder verkauft werden. Ebenso wird die Unterstützung an klare Bedingungen geknüpft, zum Beispiel die Kreditvergabe an kleine Unternehmen oder den Verzicht auf Bonizahlungen an Banker. Die Bundeshilfen sind bis Ende 2009 befristet und mit strengen Auflagen verbunden.

Die wesentlichen Maßnahmen des Gesetzes:

Finanzmarktstabilisierungsfonds

Die Finanzkrise darf nicht mit voller Wucht auf die Realwirtschaft durchschlagen. Es wird deshalb ein breiter Absicherungsschirm mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro gespannt. Mit Hilfe eines „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ können in einem beschränkten Zeitraum zielgerichtete Maßnahmen finanziert werden, von denen jedes Finanzinstitut in Deutschland Gebrauch machen kann.

Rekapitalisierungshilfen - Maßnahmen für beschränkte Zeit

Der Finanzsektor muss stabilisiert werden. Deshalb wird mit dem Gesetz dafür gesorgt, dass die Rekapitalisierung von Unternehmen des Finanzsektors wieder funktioniert – sich die Banken also untereinander wieder Geld leihen. Die Banken müssen darauf vertrauen, dass sie ihr Geld zurückgezahlt bekommen, wenn sie einer anderen Bank einen Kredit gewähren. Im Maßnahmenpaket sind für diese Finanzierungsgeschäfte Garantien des Bundes vorgesehen, damit das Vertrauen in die Märkte wieder wachsen kann.

Wenn der Bund staatliches Geld zur Verfügung stellt, um das Eigenkapital der Banken zu stärken (sogenannte „Rekapitalisierung“), dann ist es damit nicht weg. Der Staat erhält im Gegenzug Anteile an Banken oder Aktien – und damit Bestimmungs- und Mitspracherechte. Ein weiterer möglicher Weg ist, problematische Vermögenswerte aufzukaufen und sie so zeitweise aus den Bankbilanzen zu nehmen.

Hilfe ist keine Einbahnstraße

Manager müssen harte Auflagen in Kauf nehmen, wenn sie unter diesen Absicherungsschirm wollen. Neben der angemessenen Vergütung für die Hilfen wird jedes Unternehmen, das Unterstützung braucht

- eine Höchstgrenze für Vorstandsbezüge von 500.000 Euro akzeptieren müssen,
- einen Verzicht auf Bonuszahlungen akzeptieren müssen,
- einen Verzicht auf Dividendenausschüttungen akzeptieren müssen.

Sichere Sparguthaben

Die wichtige Nachricht für Sparerinnen und Sparer: Ihre Spareinlagen sind sicher. Die Einlagensicherung wurde von der Bundesregierung bereits verbessert und garantiert. Die Einlagensicherung gewährleistet in einem gewissen Umfang die Rückzahlungsansprüche der Kunden eines Kreditinstituts, falls das Kreditinstitut nicht in der Lage sein sollte, die Einlagen des Kunden zurückzuzahlen. Deutschland wird nicht in eine Situation wie Island kommen. Konten werden nicht eingefroren. Die Arbeitsplätze in der Realwirtschaft werden gesichert.

Neue Bilanzierungsrichtlinien

Die Bilanzierungsrichtlinien für Banken werden neu gefasst, damit die Institute flexibler auf die mit der Finanzmarktkrise verbundenen Belastungen reagieren können. Die neuen Vorschriften sollen bereits für das begonnene 3. Quartal dieses Jahres gelten und sind zeitlich begrenzt bis zum 31.12.2010

Klare Regeln und mehr Transparenz

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat die Forderung nach klaren Regeln und mehr Transparenz für die Finanzmärkte bereits Anfang 2007 während der deutschen EU- und G7-Präsidentschaft auf die Tagesordnung gesetzt. Nun erkennen auch die Amerikaner und die Briten die Notwendigkeit von stärkerer und effektiverer Regulierung.

Was vor kurzem noch bei Vielen als weltfremde Spinnerei galt, z. B. Verbot von Leerverkäufen, Regulierung von Finanzmärkten und effektive Aufsicht, setzt sich nun auch im angloamerikanischen Raum durch. Anlässlich des G7-Finanzministertreffen am 10. Oktober legte

Peer Steinbrück einen 8-Punkte-Plan vor, der u. a. eine Bilanzierungspflicht für Finanzinnovationen, höhere Liquiditätsvorsorge bei Banken, internationale Standards für eine stärkere persönliche Haftung der verantwortlichen Finanzmarktakteure und eine Verbesserung der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden fordert.

Peer Steinbrück setzt beharrlich sozialdemokratische Positionen durch. Die SPD will weiterhin für mehr Transparenz und Stabilität auf den globalen Finanzmärkten sorgen. Konkrete Vorschläge werden von einer Arbeitsgruppe der Partei in den nächsten Wochen vorgelegt. Die Annahme, der Markt reguliere sich selbst, ist offensichtlich falsch. In dieser Einsicht liegt die Chance, mittelfristig zu einer internationalen Einigung zu kommen, wie das globale Finanzsystem soweit kontrolliert werden kann, dass die gerade erlebte Krise eine einmalige bleibt.

Leider wird das Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte in der Öffentlichkeit oft falsch wahrgenommen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, dass nach Jahren restriktiver Ausgabenpolitik nun den Banken problemlos knapp 500 Mrd. Euro „hinterher geschmissen“ werden. Dem ist natürlich nicht so. In zahlreichen Berichten wird der Eindruck erweckt, die Bundesregierung stelle den Banken 500 Mrd. Euro „frei Haus“ zur Verfügung. Das ist nicht richtig! Richtig ist vielmehr, dass Bundestag und Bundesregierung mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz einen Fonds gründen werden. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den Banken im Notfall „unter die Arme“ greifen zu können, um das Bankensystem vor dem Zusammenbruch bewahren zu können. Aber auch hier: keine Leistung ohne Gegenleistung.

Oftmals wird so getan, als ginge es hier einzig und allein um die Rettung von Banken. Das ist falsch! Es geht nicht darum, einzelne Banken zu retten, sondern einen kompletten Zusammenbruch des gesamten Bankensektors zu verhindern. Ein solcher Zusammenbruch würde auch die Realwirtschaft mit in den Abgrund reißen. Die Folgen wären für jeden einzelnen Bürger dramatisch gewesen: Abbau von Arbeitsplätzen, Verlust von Ausbildungsplätzen, Verlust von Sparguthaben und privater Altersvorsorge, wirtschaftlicher Stillstand bzw. Rezession. Auch die Auswirkungen auf die Stabilität und Werthaltigkeit unserer Währung wären unkalkulierbar gewesen. Wer die Stützung des Bankensektors aus Prinzip ablehnt, sollte sich darüber Gedanken machen, warum sich alle im Bundestag vertretenen Parteien – inklusive der Oppositionsparteien von den Grünen bis zur Linkspartei – prinzipiell für ein Eingreifen des Staates aussprechen.

Unsere Maßnahmen fügen sich natürlich ein in die Regelungen und Verabredungen, die auf europäischer Ebene getroffen wurden. Auf dem Gipfeltreffen der Länder der Eurozone wurde am 12.10.2008 ein Aktionsplan der Staats- und Regierungschefs der 15 Euroländer, Großbritanniens, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission beschlossen.

Die Bundesregierung setzt sich schon seit längerem auf internationaler Ebene dafür ein, die Widerstandsfähigkeit der Finanzmärkte und –Institutionen zu stärken. So haben schon im Oktober 2007 die G7-Finanzminister und Notenbankgouverneure unter deutscher Präsidentschaft das Forum für Finanzstabilität beauftragt, einen Bericht zu erarbeiten. Dort sollten die Ursachen der aktuellen Finanzkrise analysiert und Vorschläge für eine Stärkung des Finanzsystems erarbeitet werden. Dieser Bericht und die dort enthaltene umfangreiche Liste mit Empfehlungen wurden von den G7 nachdrücklich unterstützt. Bei der Umsetzung sind bereits wichtige Erfolge erzielt worden; ein ausführlicher Bericht über den Stand der Implementierung wird das Forum für Finanzstabilität beim G7 Treffen im Oktober vorlegen. Schwerpunkte dieser

Empfehlungen sind u. a.: die Aufsicht über das Kapital-, Liquiditäts- und Riskiomanagement zu stärken; die Transparenz und die Bewertungsstandards zu verbessern und das Krisenmanagement zu verbessern. In der Anlage finden Sie weitere Punkte dieses Berichts und eine Übersicht über den Beitrag der Bundesregierung auf internationaler und europäischer Ebene.

Acht „Verkehrsregeln“ für die Finanzmärkte

Darüber hinaus hat Peer Steinbrück Vorschläge präsentiert: In einem Schreiben an seine Amtskollegen legte er acht Punkte dar, um das Vertrauen in das internationale Finanzsystem wieder herzustellen. Diese Vorschläge diskutierte Steinbrück mit seinen Kollegen aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Japan und Italien auf der Herbsttagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Washington diskutieren.

Peer Steinbrücks „Acht-Punkte-Plan“ finden Sie in der Anlage.

AUSSERORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG

Auf dem außerordentlichen SPD-Bundesparteitag am vergangenen Sonnabend stand ebenfalls die Finanzkrise im Vordergrund der programmatischen Rede von Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier: "Wieder einmal gilt für die deutsche Sozialdemokratie: Wenn es eng wird, ist es gut, dass wir für unser Land Verantwortung tragen: Verantwortung für Deutschland!", rief Steinmeier den rund 480 Delegierten und mehr als 2000 Gästen zu. Die marktliberale Ära sei vorbei. "Jetzt ist Zeit für Umdenken, neues Denken und Neubeginn." In einer Phase des Neubeginns, machte Steinmeier deutlich, müssten die Sozialdemokraten Orientierung und Richtung geben und Verantwortung für das Land übernehmen. Menschen merkten in Zeiten von Krisen, dass das Soziale und Demokratische wichtig sei.

Sogenannte Wirtschaftsexperten wollten, dass der Staat sich aus der Wirtschaft raushalten müsse. "Die Lehman-Brothers dieser Welt" wollten den Mittelständlern in Deutschland sagen, wo es lang geht. Das mache die Menschen wütend. Steinmeier kritisierte, dass diejenigen, die nie Respekt vor der Demokratie gehabt, die sie nur als lästige Bürokratie betrachtet hätten, jetzt nach dem Staat riefen.

Es gehe nicht nur um bessere internationale Regeln, sondern um einen umfassenden Neuanfang. Dazu bedürfe es mutiger Politik mit klarem Gestaltungsanspruch. Markt sei kein Selbstzweck, sondern eine Ordnung. Wer wie Merkel von einer menschlichen Marktwirtschaft spreche, dürfe sich dem Mindestlohn nicht verweigern, betonte der SPD-Kanzlerkandidat. "Wer den Mund spitzt, der soll jetzt auch pfeifen!"

Wenn Sie Interesse an der gesamten Rede von Frank-Walter Steinmeier haben, so sende ich Ihnen diese im Wortlaut gern zu. Melden Sie sich dafür bitte einfach in meinem Bundestagsbüro unter 227 77262.

Aus dem Bundestag

Weitere Entscheidungen der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag:

BEKÄMPFUNG DER SCHWARZARBEIT UND ILLEGALER BESCHÄFTIGUNG

Für 2007 wird der Umfang der Schattenwirtschaft auf 349 Milliarden Euro beziffert. Das entspricht 14,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Um Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung effizienter zu bekämpfen, hat die Bundesregierung das Maßnahmenpaket „Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“ beschlossen. Mit dem Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (Drs. 16/10488), der am 16.10.2008 in 1. Lesung beraten wurde, sollen Teile dieses Pakets umgesetzt werden.

Durch die Einführung einer Sofortmeldepflicht zur Sozialversicherung wird die Überprüfung durch Kontrollbehörden vereinfacht. Derzeit sieht die Regelung vor, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit der ersten Lohn- und Gehaltsabrechnung, spätestens sechs Wochen nach Beschäftigungsbeginn, anmelden müssen. Die Praxis zeigt jedoch, dass es bei Kontrollen zu Schwierigkeiten bei der eindeutigen Identifizierung kommen kann, wenn noch keine Eintragung bei der Deutschen Rentenversicherung vorliegt. Durch die sofortige Meldung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Beginn der Beschäftigung, soll dem vorgebeugt werden. Zudem soll die Mitführungs- und Vorlagepflicht von Personaldokumenten eingeführt werden. Bei Kontrollen müssen die Behörden zur Identitätsfeststellung auf geeignete Dokumente zurückgreifen können. Dies gilt insbesondere bei ausländischen Beschäftigten. Ausweise wie Sozialversicherungsausweis oder Führerschein sind dafür nicht geeignet. Um die Mitführungs- und Vorlagepflicht zu gewährleisten, sollen die Arbeitgeber zur Belehrung ihrer Beschäftigten verpflichtet werden. Die beiden Maßnahmen sollen für Wirtschaftsbranchen gelten, in denen ein erhöhtes Risiko für Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung besteht.

Damit die Daten im Fall einer Abfrage durch Behörden möglichst aktuell sind, soll des Weiteren das Meldeverfahren bei den Trägern der Deutschen Rentenversicherung geändert werden. Vorgesehen ist, dass Meldebehörden in Fällen einer Geburt, Anschriftenänderung oder im Sterbefall die Anschriftendaten übermitteln.

ISAF-MANDAT VERLÄNGERT – WIEDERAUFBAU GESTÄRKT

Am 16.10.2008 hat der Bundestag den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, in 2./3. Lesung beschlossen. Dem Antrag wurde mit großer Mehrheit aus den Reihen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP zugestimmt. Auch ich habe diesem Einsatz zugestimmt, weil ich der Auffassung bin, dass der zivile Aufbau den militärischen Schutz der ISAF braucht.

Mit der Verlängerung des ISAF-Mandats kommt die Bundesregierung einer Bitte der afghanischen Regierung und der Vereinten Nationen nach, im Rahmen der internationalen

Gemeinschaft und der NATO weiterhin einen substanziellen Beitrag zum Wiederaufbau Afghanistans zu leisten. Das Mandat wird diesmal für 14 Monate verlängert, damit der 2009 neu zu wählende Bundestag die Möglichkeit hat, über eine weitere Verlängerung zu entscheiden. Die Befristung bis 13. Dezember 2009 gilt aber nur, solange ein Mandat des VN-Sicherheitsrats vorliegt.

Mittel für den Wiederaufbau um 75 Prozent gesteigert

Damit Afghanistan mittelfristig auf eigenen Füßen stehen kann, werden die Mittel für den zivilen Wiederaufbau um 75 Prozent auf 140 Millionen pro Jahr bis 2010 erhöht. 2008 sind es sogar 170,7 Millionen, weil das geschundene Land obendrein mit einer großen Dürre zu kämpfen hat und Nahrungsmittel knapp werden. Das Bundeswehrkontingent wird u. a. wegen der stärkeren Beteiligung an der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte auf 4.500 Soldatinnen und Soldaten aufgestockt. Außerdem müssen 2009 die Präsidentschaftswahlen und 2010 die Parlamentswahlen abgesichert werden. Schwerpunktmäßiges Einsatzgebiet bleibt der Norden und Kabul. Darüber hinaus können deutsche Streitkräfte in anderen Regionen für zeitliche und im Umfang begrenzte Maßnahmen eingesetzt werden. Aber nur dann, wenn diese zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar sind. Ebenso beteiligt sich Deutschland intensiver am Aufbau der afghanischen Polizei. Bestandteil des deutschen ISAF-Beitrags bleibt der Einsatz der Aufklärungsflugzeuge Tornado.

Die Anregungen der 2006 gebildeten Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion haben Eingang in das Regierungshandeln gefunden. Und Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat erheblichen Anteil daran, dass auf der Pariser Afghanistankonferenz im Juni 2008 der Paradigmenwechsel hin zu mehr Engagement für den Wiederaufbau gelungen ist. Dies hat sich im aktualisierten Afghanistan-Konzept niedergeschlagen. Das deutsche Engagement am Hindukusch wird jährlich von Regierung und Parlament geprüft und angepasst.

Aus dem Wahlkreis und aus Berlin

BESUCH BEI DER BUNDESPOLIZEI

In einem Bericht hatte der Bundesrechnungshof die unterschiedlichen Mietkosten der Bundespolizei auf den Bahnhöfen bemängelt. Als Berichterstatterin im Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages für diesen Bereich machte ich mir am Dienstag vor Ort ein Bild über die Situation. Gemeinsam mit Kollegen aus dem Ausschuss, Vertretern des Bundesinnenministeriums, des Rechnungshofes und der Deutschen Bahn besuchten wir die Reviere der Bundespolizei im Hauptbahnhof, im Bahnhof Friedrichstraße sowie im Bahnhof Zoo.

Dabei mussten meine Kollegen und ich feststellen, dass die Ausstattung und die Arbeitsbedingungen sich doch sehr unterscheiden. Wir werden uns nun dafür einsetzen, dass einheitliche Standards festgelegt werden und die Deutsche Bahn mit der Miete ausschließlich ihre Selbstkosten erhebt.

Dies & Das

REFERENTIN ZUM THEMA THINK TANKS

Am 21. Oktober habe ich als Referentin an einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Kompetenzkompetenz und Entscheidungsreduktion“ teilgenommen. Das insgesamt fünftägige Seminar steht unter dem Thema **„Think-Tanks und die Privatisierung der Demokratie: Fluch oder Chance?“**

THEATERTIPP – DER KAMPF DES JAHRHUNDERTS in der tribuene

Falls Sie mal wieder ins Theater gehen wollen, kann ich Ihnen nur das Stück „Der Kampf des Jahrhunderts“ ans Herz legen. Max Schmeling gegen Joe Louis – Ein Box-Musical von Paul Graham Brown und James Edward Lyons.

Vor 70 Jahren, am 22. Juni 1938, trafen sich Joe Louis und Max Schmeling zum Weltmeisterkampf im New Yorker Yankee Stadium. Das historische Stadion, 1923 erbaut, wird Ende des Jahres 2008 abgerissen. Der Kampf des Jahrhunderts erzählt die Geschichte von zwei Boxern, die plötzlich ins Rampenlicht der Weltpolitik geworfen werden. Max Schmeling, der ehrgeizige Junge aus der Uckermark, war schon im Berlin der 20er Jahre zum Idol deutscher Künstler und Intellektueller geworden. Er verkörperte mit seinem schnörkellosen, modernen Box-Stil den Geist der „Neuen Sachlichkeit“. Durch seine Ehe mit der Filmschauspielerin Anny Ondra wurden die beiden zum prominentesten Paar in Deutschland. Zum Liebling der Nazi-Machthaber wird Schmeling schlagartig 1936 mit seinem überraschenden 12-Runden Sieg über den als unbesiegbar geltenden „braunen Bomber“, den schwarzen Amerikaner Joe Louis. Schmeling wird fortan hofiert und für die Zwecke des NS-Regimes eingespannt, beispielsweise, um einen drohenden Boykott der Olympischen Spiele in Berlin abzuwenden.

Die nächsten Vorstellungen sind ab dem 27. November 2008 bis zum 31. Dezember 2008. Karten können Sie telefonisch bestellen direkt bei der tribuene unter: 341 26 00

Termine

TERMINHINWEIS: 24. OKTOBER 2008

ENTHÜLLUNG GEDENKTAFEL GÜNTER VON DRENKMANN

Ich freue mich sehr, dass es endlich gelungen ist, eine Gedenktafel für Günter von Drenkmann an seinem Wohnhaus zu realisieren. Am Freitag, den 24. Oktober 2008, findet nun in der Bayernallee 10-11, 14052 Berlin (Westend) die Enthüllung statt, zu der ich gemeinsam mit Frank Bielka, Vorstand des Wohnungsunternehmens degewo, und der SPD Neu-Westend einlade. Anwesend sein wird auch seine Witwe Christel von Drenkmann.

Der Kammergerichtspräsident und Sozialdemokrat Günter von Drenkmann wurde im

November 1974 an seinem ehemaligen Wohnort in der Bayernallee Opfer eines Attentates der Bewegung 2. Juni.

Die Realisierung der Gedenktafel geht auf Initiative der SPD Neu-Westend und der SPD Rund um den Lietzensee zurück. Ich habe das Projekt von Beginn an unterstützt und konnte die degewo als Partner für die Umsetzung gewinnen.

Zur feierlichen Enthüllung werden reden:

- Gunhild Schaeffer-Dohrmann, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf
- Frank Bielka, degewo
- Petra Merkel, MdB
- Monika Nöhre, Präsidentin des Kammergerichts Berlin.

Ich werde Grußworte des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Schütz, und des damaligen Justizministers Dr. Hans-Jochen Vogel verlesen.

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Die nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 24. Oktober 2008, im Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, von 15.00 bis 17.00 Uhr. Bitte melden Sie sich telefonisch unter 313 88 82 an, wenn Sie einen Termin möchten.